

Pressemitteilung

Die EEG-Umlage muss auf mehr Schultern verteilt werden

Private Haushalte und Mittelstand entlasten, soziale Ungerechtigkeit bei der Finanzierung der Energiewende beenden

Berlin, 15.10.2012. Anlässlich der *heutigen Bekanntgabe der EEG-Umlagehöhe für das kommende Jahr appelliert die klima-allianz deutschland an die Bundesregierung, die wahren Kosten von Atom – und Kohlestrom zu berücksichtigen und die unnötige Privilegierung energieintensiver Unternehmen, die nicht unter internationalem Wettbewerbsdruck stehen, zu beenden.*

Nicht in erster Linie die Erneuerbaren Energien treiben den Preis der EEG-Umlage – sondern die Umlage-Befreiung für mehr als tausend Unternehmen, die diese erhalten. Diese Firmen verbrauchen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien (<http://bit.ly/QclHIs>).

Prof. Dr. Hans Diefenbacher, ehrenamtlich Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umweltfragen, erklärt zur heutigen Bekanntgabe der EEG-Umlage für 2013: „Wir müssen die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung so weit und so schnell wie möglich senken. Dabei darf der Umbau des Energiesystems nicht einseitig auf Kosten der Verbraucher gehen. Deswegen muss die EEG-Umlage auf mehr Schultern verteilt werden. Unnötige Ausnahmeregelungen für Unternehmen ohne internationalen Wettbewerbsdruck können beendet werden. Und es muss dringend transparent gemacht werden, wie sich die Strompreise zusammensetzen und wie hier Gewinne entstehen.“

Uwe Nestle, Vorstandsmitglied des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), betont: „Die EEG-Umlage kann gerechter verteilt und dabei sogar noch gesenkt werden.“ Dafür müssten die Ausnahmeregelungen für die Industrie auf die stromintensiven Prozesse beschränkt werden und die CO₂-Emissionen der fossilen Energieträger stärker eingepreist werden. „Mit diesen beiden Ansätzen könnte die EEG-Umlage im nächsten Jahr konstant bleiben, statt auf über 5 Cent pro Kilowattstunde zu steigen.“ Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), Mitglied der klima-allianz deutschland, hat dieses Konzept für Greenpeace erarbeitet (<http://bit.ly/PWpFC0>).

„Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass der Strom aus fossilen Energieträgern wie Kohle und Gas aufgrund der Verknappung und den nötigen Klimaschutzmaßnahmen langfristig deutlich teurer wird, erneuerbarer Strom dagegen günstiger“, fügt **Dr. Katharina Reuter**, Leiterin der Geschäftsstelle der klima-allianz, hinzu. Das betont auch das Bundesumweltamt. Schon im Jahr 2030 wird in Deutschland erneuerbarer Strom im Durchschnitt günstiger sein als Strom aus neuen Erdgas- und Kohlekraftwerken. Rechnet man die Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden mit ein, ist erneuerbarer Strom teilweise schon heute deutlich günstiger als fossiler (<http://bit.ly/SX06a0>).

Die klima-allianz deutschland ist das breite gesellschaftliche Bündnis für Klimaschutz, bestehend aus mehr als 110 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Tierschutz, Verbraucherschutz und Gewerkschaften. Weitere Informationen unter www.klima-allianz.de

Für Rückfragen:

Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Beauftragter für Umweltfragen der EKD, 06221-9122-34

Lena Reuster, Expertin für Energiepolitik, FÖS, lena.reuster@foes.de, 030-76 23 991-51

Dr. Katharina Reuter, Leitung Geschäftsstelle klima-allianz, reuter@klima-allianz.de, 0178-4481991